

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version
Mißbehagen an sich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Mißbehagen an sich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 7, pp. 7-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131000>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Z E I T G E S P R Ä C H

Deutsch-französische Gespräche

Zwei Briefe aus Paris

Paris, le 29 novembre 1949

Monsieur le Directeur,

J'ai essayé de vous livrer quelques réflexions sur le problème des relations franco-allemandes dans le cadre d'une organisation européenne, mais il est soumis à trop de passion politique pour qu'il soit possible de dégager une doctrine réaliste dans ce domaine.

Veillez agréer, Monsieur le Directeur, l'expression de mes sentiments les meilleurs. R. F.

Das Problem der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen kann nicht vom politischen Aspekt der Frage getrennt werden. Abgesehen von der Haltung der Kommunistischen Partei, für die sich in Deutschland westlich der Oder nichts Gutes tut, stellen die Meinungen auf diesem Gebiet eine Skala von Abstufungen dar. Sie beginnen bei der Lehre von der Zerstückelung und der Erhaltung eines schwachen Deutschland und reichen bis zum Wunsch einer ernsthaften Vereinigung mittels gewisser Sicherheitsgarantien.

Aus diesem politischen Aspekt heraus wachsen die wirtschaftlichen Erwägungen über Verteidigung von Sonderinteressen und die Erhaltung der errungenen Positionen. Ihre Nutznießer haben ausgezeichnete Argumente (Interesse der nationalen Verteidigung, Streikdrohungen), um ihre Position zu verteidigen.

Die Regierungskreise sind gezwungen diese verschiedenen Reaktionen der öffentlichen Meinung in Rechnung zu stellen, was nicht immer ihre Aufgabe auf einem so heiklen Gebiet erleichtert.

Auf dem allgemeinen wirtschaftlichen Gebiet steht es außer Zweifel, daß die west-europäischen Länder einen angemessenen Lebensstandard nur dadurch erreichen können, daß sie sich zusammenschließen, und dieser Zusammenschluß kann sich nicht ohne Deutschland vollziehen.

Europa hat tatsächlich nicht mehr seinen industriellen Vorsprung vom Anfang des Jahrhunderts. Der Absatzrückgang für seine Fertigwaren, der sich daraus ergibt, verbunden mit dem Verlust eines bedeutenden Teiles seiner Auslandseinnahmen erschwert immer mehr seine Rohstoff- und Nahrungsmiteleinführen. Infolge der Einwanderungsbestimmungen in den neuen Ländern spielt die Auswanderung nur noch sehr unvollkommen ihre Rolle als Sicherheitsventil für den Bevölkerungsüberschuß.

Der Lebensstandard in der über-völkerten Trizone hängt von ihrer industriellen Entwicklung ab. Aber ein hohes Industriepotential genügt nicht, es ist vielmehr nötig, Absatz für den Produktionsüberschuß zu finden, und der Verlust der Absatzmärkte in den osteuropäischen Ländern erleichtert nicht dieses Problem.

Der europäische Rohstoffbedarf kann ohne fremde Hilfe nur durch

eine Erschließung der ausgedehnten afrikanischen und asiatischen Gebiete gedeckt werden, und die Entwicklung des Lebensniveaus der Bevölkerung in diesen Gebieten kann einen Absatzmarkt für industrielle Produkte schaffen. Ubrigens wird sich Europa auf diesem Terrain in Konkurrenz mit den USA. befinden.

Frankreich ist in der Lage, seine Nachbarn nutzen zu lassen an seinen Möglichkeiten auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Es erscheint im Augenblick schwer, von ihm mehr zu verlangen. Die Regierung kann vernünftigerweise Investitionen in der deutschen Industrie nicht begünstigen, da das Land gerade dabei ist, seinen Wiederaufbau und die Modernisierung seiner Ausrüstung sicher zu stellen. Dagegen ist Frankreich gewillt, die Einfuhrbeschränkungen auf dem Wege der Reziprozität progressiv aufzuheben, vorausgesetzt, daß seine Wirtschaft nicht einer illoyalen Konkurrenz unterworfen wird. Die Ausweitung des Marktes, die ein freier Warenaustausch in Europa mit sich brächte, würde die Leistungsfähigkeit verbessern und die Lebenshaltung von allen erhöhen. Jedenfalls wäre es vom sozialen Standpunkt notwendig sein, die Anpassungen und die Bevölkerungsverschiebungen, die diese Entwicklung erfordert, vor auszuplanen und zu fördern. (R. F.)

Verschiedene Interviews

Paris, 29. 11. 49

Sie fragten mich nach den Widerständen, die einer französisch-deutschen Verständigung hier in Frankreich entgegenstehen. Ich habe Ihre Frage einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten sowohl des politischen wie des wirtschaftlichen Lebens in Paris vorgelegt, und wenn auch die brennende Aktuali-

tät der augenblicklich schwebenden Verhandlungen es den verantwortlichen französischen Politikern nicht erlaubt, gerade in dem Zeitpunkt sich mit ihrem vollen Namen in Ihrer Zeitschrift zu äußern, in dem die Herren Gillet (vom Quai d'Orsay) und Ruby (vom französischen Wirtschaftsministerium) die deutschen Unterhändler Freiherrn

von Maltzahn und Dr. Lahr empfangen, so will ich doch versuchen, Ihnen einen Überblick über die Bemerkungen zu geben, die in meinen Unterhaltungen gemacht wurden.

Dabei muß man zunächst davon ausgehen, daß ein Widerstand gegen das Prinzip einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf französischer Seite überhaupt nicht feststellbar ist, sondern daß die Opposition, die die Regierung in der Nationalversammlung wie im Rat der Republik hinsichtlich ihrer Deutschlandpolitik findet, sich auf die Modalitäten beschränkt, unter denen diese Zusammenarbeit erreicht und durchgeführt werden soll. Dies gilt sowohl hinsichtlich der politischen wie hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedenken, die geäußert wurden.

Befassen wir uns zunächst mit den politischen Argumenten: Interessant ist es, daß im Gegensatz zu den jüngsten Ereignissen in Deutschland, bei denen der Widerstand von sozialdemokratischer Seite kam; die Einwände in Paris vorwiegend von Leuten der Rechten gemacht wurden. Dabei gehört ein Teil dieser Einwände wohl in den Bereich der „ressentiments“, über die wir uns ja schon früher unterhalten haben.

Bereut Deutschland?

Aber wenn diese Einwände immer und immer wieder auftauchen, so darf man dies den Franzosen vielleicht doch nicht einseitig zum Vorwurf machen, denn man wird wohl auch von deutscher Seite aus zugeben müssen, daß außerhalb der theoretischen Diskussion wenig Tatsächliches geschehen ist, was die Franzosen davon überzeugen könnte, Deutschland bereue aufrichtig all das Grausige, was unter dem Naziregime geschehen ist. Die Einwände der französischen Rechten beruhen in dieser Hinsicht — das darf man in Deutschland nicht verkennen — auf dem Eindruck des Mannes auf der Straße, der annimmt, die Deutschen bereuten zwar nicht den Krieg, aber den verlorenen Krieg. Diese Einstellung kam zum Beispiel deutlich in der Rede des gaullistischen Abgeordneten AUMERAN zum Ausdruck, der sagte, das deutsche Volk empfinde „weder Scham noch

Gewissensbisse, sondern nur das Bedauern, gescheitert zu sein“. Die Schlußfolgerungen, die Aumeran zieht und bei denen er sich zu der Erklärung versteigt, Europa könne sich zwar gegen Rußland verteidigen, nicht aber gegen einen deutsch-russischen Block, mögen vielleicht auch in Frankreich von niemanden ernst genommen werden, aber das ändert nichts daran, daß viele Franzosen, ohne diese Schlußfolgerungen mit ihm zu ziehen, gefühlsmäßig noch in der Atmosphäre stecken geblieben sind, aus der er seine Argumente bezieht.

Ehrliche Demokratie?

Aus der gleichen Debatte lohnt es sich übrigens, die Ausführungen des unabhängigen Republikaners Louis MARIN zu erwähnen, schon deshalb, weil er im Gegensatz zu Aumeran ein Berufspolitiker ist, der seit Jahrzehnten seinen Sitz in der Kammer hat und über große außenpolitische Erfahrung verfügt. Wenn dieser alt-erfahrene Demokrat die Forderung aufstellt, man dürfe erst dann mit dem neuen Deutschland verhandeln, wenn es bewiesen habe, daß es wirklich ein neues Deutschland sei, so drückt er damit einen anderen, in Frankreich weitverbreiteten Zweifel aus, nämlich den, ob das Bekenntnis der Bundesrepublik zur Demokratie kein bloßes Lippenbekenntnis sei.

Daß die Kommunisten auch in dieser Debatte die Regierungspolitik angegriffen haben und Außenminister Schuman zumuteten, statt Adenauer Grotewohl anzuerkennen, kann niemanden überraschen noch erschüttern, aber daß auch der ehemalige Luftfahrtminister Pierre COT, der immerhin kein linientreuer Stalinist ist, wenn auch seine progressistische Fraktion immer mit den Kommunisten stimmt, die „guten Deutschen“ nur östlich der Elbe sieht, gibt schon mehr Anlaß zu Bedenken.

Zerteiltes Deutschland

Mit ihm kommen wir vielleicht der einen Frage am nächsten, die Sie in Ihrem Brief aufgeworfen haben: der nach den Zusammenhängen zwischen dem deutsch-französischen Problem und der

deutschen Einheit. Sie schrieben mir, man dürfe in Frankreich nicht außer acht lassen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands den Deutschen so am Herzen liege und für sie eine so dringende Voraussetzung sei, daß jede Vereinbarung, die eventuell aus Gründen der Sicherheit auf einer westdeutschen Lösung fuße, für die meisten undiskutabel sei. Ich habe dieses Thema bei vielen meiner Gespräche angeschnitten, bin aber überall nur auf Achselzucken gestoßen, und alle meine Gesprächspartner wiesen darauf hin, daß die Zertrennung Deutschlands in zwei Hälften ein historisches Faktum sei, zu dem Frankreich nicht beigetragen habe. Halb resigniert sagte mir ein hoher Beamter des französischen Außenministeriums: „Man hat uns ja nicht einmal nach Yalta und Potsdam mitgenommen, und der Trennungsstrich quer durch Deutschland ist uns um so unangenehmer, als er ja seither seine Verlängerung quer durch Europa bekommen hat.“ Schon deshalb dürften die deutschen Ressentiments hierüber nicht gegen Frankreich gerichtet sein.

Beteiligung an der Ruhrindustrie

Alle Franzosen, mit denen ich über diese Dinge sprach, wundern sich über den Ansatzpunkt der sozialdemokratischen Opposition in Deutschland. Wenn Herr Dr. Schumacher und seine Freunde von der französischen Beteiligung an der Ruhrindustrie eine Verstärkung der internationalen Kartelle befürchteten, so erwidert man hierauf in Paris sehr oft, daß es sich ja gar nicht um eine Initiative der Privatwirtschaft, sondern um die der Regierung handele und daß die zu investierenden Summen, so wie die Dinge im Quai d'Orsay gesehen werden, auch gar nicht aus Privatmitteln aufgebracht werden sollen. Man mag zwar einwenden, daß dies ein nur formalistisches Argument sei, aber die Dinge gehen wohl doch tiefer, denn wenn die westeuropäische Industrie, und ganz besonders die Stahlindustrie, auf dem Weltmarkt überhaupt noch mitzusprechen wünscht, so wird ihr ja früher oder später doch nichts anderes übrigbleiben, als sich über ihre Verkaufsmethoden, über ihre

Preisstellung und ähnliche Dinge zu einigen. Oder soll etwa die Firma Müller & Schulze oder die Firma Durand et Dupont von sich aus allein der Bethlehem Steel Corporation Konkurrenz machen?

Bilateral oder multilateral

Von der Kartellfrage abgesehen steht nun freilich die deutsch-französische Wirtschaftszusammenarbeit im Schatten des Dilemmas zwischen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen. Die Tatsache, daß Großbritannien sich von der europäischen Wirtschaftsarbeit mehr und mehr distanzieret, hat die Aufnahmebereitschaft der Franzosen zugunsten Deutschlands zweifellos verstärkt. Einer meiner französischen Freunde sagte mir ganz offen: „Wenn das kleine Mariannchen schon mit dem bösen Buben Michel in ein dunkles Zimmer gesperrt werden soll, in dem sie nicht unter den Schutz ihres großen Bruders John Bull steht, dann möchte sie wenigstens, daß noch andere Kinder mit eingesperrt werden.“ — Daher Fritalux! Und es ist sicher, daß hinter diesem netten Vergleich der Ge-

danke derjenigen steht, die das Zwiegespräch zwischen Deutschland und Frankreich nur dann akzeptieren wollen, wenn es auf den ganzen westeuropäischen Kontinent ausgedehnt wird. Aber auch die Anhänger einer zweiseitigen Verständigung sind zahlreich, und wahrscheinlich ist die französische Maschinenindustrie die einzige bedeutende Wirtschaftsgruppe, bei der die Konkurrenzangst noch immer unüberwindlich ist.

Sie sehen also, daß alle diese Erwägungen auch dort, wo sie eine gewisse Kritik enthalten, der Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen keineswegs entgegenstehen. Ich kann Ihnen übrigens versichern, sehr geehrter Herr Berghändler, daß unsere Auseinandersetzung im „Wirtschaftsdienst“ vom September auch in Frankreich viel gelesen worden ist, und es sollte mich freuen, wenn auch die Fortsetzung unseres Gespräches weiter zu einem besseren Verstehen zwischen unseren beiden Völkern beitragen würde.

Mit den besten Grüßen

Ihr H. R.

Gegenfragen

Es wäre vermessen, auf die vielen angeschnittenen Fragen eine definitive „deutsche Antwort“ geben zu wollen. Aber es würde den beiderseitigen Interessen widersprechen, sich diese seltene Gelegenheit entgehen zu lassen, im internationalen Gespräch die aufgeworfenen Fragen von einer anderen Seite zu beleuchten, um nicht durch eine „Antwort“, sondern durch Gegenfragen das Gestrüpp der Probleme lichten zu helfen.

„Der kleine Mann“

Man befürchtet also, um mitten hineinzuspringen, daß der kleine Mann von der Straße mehr den verlorenen Krieg als den Krieg überhaupt bedauert. Nun, der kleine Mann ist nicht nach dem Krieg gefragt worden, und er wird das nirgends und unter keinem Regime der Welt. Aber eins ist gewiß, er hat den Krieg in den letzten Jahren seines Ablaufs bitter satt gehabt, hier und überall. Er hat von dem Frieden unendlich vieles erhofft, und er ist mehr als

enttäuscht worden. Es lag leider nicht in unserer Macht, diese Erwartungen des kleinen Mannes zu erfüllen. Kann man den kleinen Mann aber vorwerfen, daß er selbst durch seinen mangelnden Widerstand und durch seine opportunistische Bereitwilligkeit den grauenvollen Krieg erst ermöglicht hat? Warum ist denn überall in der Welt der kleine Mann von der Straße immer wieder bereit, um für irgend welche Interessen oder Ideale sein Leben in die Schanze zu schlagen? Er hat zu wenig zu verlieren, und sein Leben ist zu trostlos, um sich nicht von der plötzlichen Veränderung seines Lebens irgend etwas zu versprechen — und sei es nur die Veränderung. Alle Politiker, autokratische und demokratische, finden diese latente Bereitwilligkeit und bedienen sich ihrer mit mehr oder weniger Bedenken nur allzu gerne. Und wenn die geschichtliche Erfahrung gezeigt hat, daß auch in rein demokratischen Staatsordnun-

gen dieser kleine Mann es niemals gewollt oder fertig gebracht hat, sich dem Ruf zu den Fahnen oder anderen staatlich proklamierten Aktionen zu entziehen, wieviel weniger kann man das von ihm erst unter einem autoritären Regime erwarten. Unter diesem Gesichtswinkel sollten wir auch die Entwicklung in der Ostzone sehen. Wenn wir realistisch sein wollen, dürfen wir nicht ein Heer von Widerstandskämpfern erwarten, sondern eher ein Heer von Mitläufern, das für die Zwecke der Staatsführung genügend latente Bereitwilligkeit besitzt. Wir dürfen vom Einzelnen, der sich und die Seinen im Lebenskampf nur mühsam behaupten kann, keinen individuellen Heroismus verlangen.

Wiedervereinigung Deutschlands

Und damit sind wir zur Frage der Wiedervereinigung des deutschen Wirtschaftsgebietes gekommen. Wir können reinen Herzens nur an einer europäischen Zusammenarbeit teilnehmen, nachdem diese Wiedervereinigung Tatsache geworden ist. Wollten wir darauf verzichten, so würde unser Wirtschaftskörper eine Struktur aufgeprägt erhalten, die diese Trennung verewigt. Wir sind weit davon entfernt, Frankreich an dieser Teilung Schuld zu geben und dadurch unser Verhältnis trüben zu lassen. Aber Sie geben selbst zu, daß es Kreise in Frankreich gibt, denen aus Sicherheitsgründen diese Teilung nicht unwillkommen ist. Diese Teilung aber gerade ist wirtschaftlich und politisch für Frankreich und Europa ein Gefahrenherd ersten Ranges. Wir täten uns und Europa den schlechtesten Gefallen, wenn wir diese Frage aus Opportunitätsgründen ignorieren wollten. Es gibt bei uns viele Leute, die es peinlich finden, daß man durch halbe Dementis, durch inspirierte Massenbefragungen und andere Tricks immer wieder das Gespräch auf eine Remilitarisierung Westdeutschlands bringt, die nur einem Zwecke dienen kann. Und der alte, selbst in der Fremdenlegion herrschende Grundsatz, nie gegen sein eigenes Land kämpfen zu müssen, hat auch heute noch seine moralische Geltung. Sollen wir uns angesichts der großen Gefahr, die ganz ohne Frage

für Europa in dieser Teilung liegt, mit ihr als einer historischen Tatsache abfinden? Könnten wir nicht daraus, „daß man uns alle gemeinsam in ein dunkles Zimmer sperrt“, eine Tugend machen, die uns infolge der mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Neutralisierung Europas gerade bei der Lösung dieses Problems helfen könnte? Man müßte eigentlich vermuten, daß dieser Konzeption von einer Reihe europäischer Staaten sehr viel Sympathie entgegengebracht würde. Es handelt sich hierbei schon um rein wirtschaftliche Fragen, die für die Wirtschaftsbeziehungen einer künftigen Europa-Union zu den anderen Wirtschaftsblöcken sowohl währungs- wie handelspolitisch von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Kapitalbeteiligung

Daß die Frage der Kapitalbeteiligung an der Ruhrindustrie nach Ihren Briefen zu urteilen in Frankreich weniger ernst genommen wird als bei uns, kann nur beruhigen. Denn der politische Charakter einer solchen Kapitalbeteiligung hätte eine schwere innerpolitische Auseinandersetzung bei uns hervorgerufen. Wie schon von anderer Seite im Novemberheft dieser Zeitschrift ausgeführt wurde, kann eine wechselseitige Kapitalbeteiligung dem Gedanken der Europa-Union nur dienlich sein, wenn sie auf gegenseitigem Kapitalaustausch beruht. Es scheint mir aber verfehlt, diese Frage von Seiten der Kartellpolitik anzugreifen. Es ist jedem Wirtschaftler klar, daß eine wirtschaftliche Konzentration Voraussetzung zu jeder Rationalisierung ist. Und eine sture Antikartellpolitik ist heute genau ein solcher Anachronismus wie eine sture Sozialisierungspolitik. Aber diese Dogmen scheinen nun einmal zu dem einen wie dem anderen Repertoire zu gehören.

Liberalisierung des Handels?

Eine ähnliche theoretische Bedeutung kommt auch der Frage des bilateralen und multilateralen Warenverkehrs zu. Auch dieses Problem kann nicht nach dogmatischen Prinzipien beurteilt werden. Die Wirtschaftsstrukturen von Frankreich und Deutschland bieten eine Reihe von Ansatzpunkten zu

zweiseitigen Abmachungen, die lediglich eines Prinzips wegen nicht unausgenutzt bleiben sollten. Der Ausgangspunkt für engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen zwei Wirtschaftsgebieten wird stets im Komplementären liegen, und eine entsprechende gegenseitige Rücksichtnahme auf die wirtschaftspolitische Entwicklungsarbeit ist selbstverständliche Voraussetzung. Eine europäische Wirtschaftsunion wird — wenn sie ein lebensvolles Gebilde sein soll — auf einer natürlichen Arbeitsteilung fußen müssen, und die Entwicklungspläne der Nationalwirtschaften werden auf diese natürliche Arbeitsteilung abgestimmt werden müssen, wenn höchste Leistungsfähigkeit erreicht werden soll. Aus dieser vielfachen Zweiseitigkeit, die zwischen den Partnern der Europa-Union besteht, erwächst die Mehrseitigkeit des Handelsverkehrs, weil dadurch allein die Phasenverschiebung, die sich in der gegenseitigen Erfüllung zeigt, rationell ausgenutzt werden kann. Aber dazu ist die volle Konvertierbarkeit der Teilnehmerwährungen oder ein reibungsloses Verrechnungssystem Voraussetzung. Die Konvertierbarkeit ist aber stets nur dort zu erreichen, wo gewährleistet ist, daß die Gesamtleistungen jedes Partners durch seine Gesamtansprüche ausgeglichen wer-

den können. So wird immer das schwächste Glied für den Umfang des Handelsverkehrs bestimmend sein. Da die Konvertierbarkeit aller Weltwährungen bei dem ungleichen Stande des Wirtschaftspotentials noch im weiten Feld zu sein scheint, sollte die Frage der Konvertierbarkeit im kleineren europäischen Raum einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Doch darauf kann hier nicht eingegangen werden.

Ein Bevölkerungsaustausch, dem von französischer Seite so großer Wert beigemessen wird, wird wohl im großen Stile erst dann durchgeführt werden können, wenn die dadurch erreichte Produktions- und Leistungssteigerung nicht mehr dem nationalen, sondern dem europäischen Konto zugute kommt. Deutschland würde nur allzugern mit allen Kräften an einer Erschließung der unentwickelten afrikanischen und asiatischen Räume mitarbeiten — auch dann, wenn sie nicht unter eigener kolonialherrschaftlicher Souveränität stehen.

Vielleicht können diese Gespräche mehr zu einer Bereinigung beitragen als alle politischen Unterhandlungen, die doch mehr oder weniger von parteipolitischen Erwägungen bestimmt werden, die für die wirtschaftlich-politische Vereinigung eines Kontinents wirklich zu eng sein dürften. (L. B.)

Kontinent und britische Handelspolitik

Das Projekt einer Wirtschafts- und Zollunion auf unserem Kontinent fordert die Bereitschaft der europäischen Regierungen zum Verzicht auf bedeutende Teile ihrer Autonomie in viel höherem Maße, als die bisherigen Taten haben erkennen lassen. Besonders die Eingliederung Großbritanniens in die europäische Wirtschaftsunion und der betonte Gegensatz zwischen Kontinentaleuropa und England macht Kopfzerbrechen.

Das Britische Reich ist stets ein mit Vorsicht zu behandelnder Wirtschaftspartner des Festlandes gewesen, weil es in seiner Wirtschaftspolitik zwischen Kontinentaleuropa und dem Empire hindurch hergezerrt wurde. In Ottawa hatte Großbritannien durch den Ausbau der Präferenzen zu einem

fast lückenlosen System der Sonderbehandlung zwischen Mutterland und überseeischen Besitzungen zugunsten des Empire gegen das durch die Vorzugszölle angeschlagene Kontinentaleuropa optiert. Den Vorbereitungen zu einer europäischen Zollunion ist England stets nur mit halbem Herzen gefolgt. Sir Stafford Cripps hat im britischen Rundfunk der Welt die uneingeschränkte Aufgeschlossenheit Englands zur Beteiligung an einem europäischen Zusammenschluß erklärt und die Vaterschaft für den Pariser Zahlungsplan und die Aktion zum Abbau der Einfuhrverbote für sich in Anspruch genommen, am gleichen Tag, als der „Observer“ auf den problematischen Wert Kontinentaleuropas hinwies. Die rücksichtslose

Abwertung vom September 1949 hat die Nerven der kontinental-europäischen Regierungen stark angespannt. Was West-Deutschland betrifft, so konnten die während des ganzen Jahres geführten Verhandlungen zwischen seinen Vertretern und den Vertretern des Empire kein einigermaßen befriedigendes Resultat zeitigen. Und die Verhandlungen hätten beinahe eine dramatische Wendung genommen als West-Deutschland in seiner Zwangsrolle als Hartwährungsgebiet zusammen mit Belgien und der Schweiz von dem englischen System der „offenen Generaleinfuhrlicenzen“ ausgeschlossen blieb. Es ist also kein Wunder, wenn

man auf dem Kontinent einer Beteiligung Englands an der Europaunion mit Skepsis entgegenseht. Aber sowohl politisch wie wirtschaftlich muß ein Fernbleiben Englands aus einer europäischen Gemeinschaft unbefriedigend erscheinen. Im Interesse einer politischen Befriedung sollte der Kontinent nicht auf die Beteiligung Großbritanniens verzichten. Wirtschaftlich würde es sowohl für England wie für die kontinentalen Staaten einen schweren Verlust bedeuten, wenn die Empiregebiete als Lieferant und Abnehmer nicht über England hinweg an die europäische Wirtschaftsgemeinschaft angeschlossen werden könnten. (hp.)

Die Einzelmeldungen und Situationsanalysen einer umfangreichen und weitgehend direkten Berichterstattung lassen dem Schweizer Leser von Tageszeitungen und Wirtschafts- oder Fachzeitschriften keinen Zweifel, daß der britische Außenhandel auch nach der Abwertung enttäuschend geblieben ist und der Kampf des Pfundes auf den Weltmärkten mit bösen Rückwirkungen und Rückschlägen für den eigenen Export verbunden sein wird. Die nächsten Zukunftsaussichten des schweizerischen Außenhandels können so nur pessimistisch beurteilt werden; doch ist dieser Pessimismus frei von Anklagen gegen das britische Regime und seine Grundsätze.

„Mißbehagen“ an sich

Aus Zürich:

Die Pfund-Abwertung am 18. September und die damit auch in Gang gekommenen Geldwertabstriche in weiteren 27 Ländern haben in Schweizer Wirtschaftskreisen keine besondere Unruhe hervorgerufen und keinerlei Demarchen oder Anordnungen der Staatsaufsichtsräume bei Börsen und Banken notwendig gemacht.

Ob diese Grundhaltung nur zusehender Reserve und bedächtigster Beurteilung auch vorhalten wird bei den bald zu erwartenden Rückwirkungen im schweizerischen Außenhandel? Die Kommentare zum amtlichen Oktober-Bericht der Ergebnisse des Außenhandels in diesem ersten vollen Monat nach der Abwertungswelle gaben die Antwort:

„Es wäre allerdings verfehlt, aus den Zahlen eines einzigen Monats schon ein Urteil über die kommende Gestaltung unseres Warenverkehrs mit dem Auslande zu bilden... Immerhin scheinen doch die vorliegenden Angaben die Auffassung zu bestätigen, daß die Abwertung keinen sehr weitgehenden Einfluß weder auf die Entwicklung der Einfuhr noch unseres Exports zeitigen könne.

Allerdings hat schon die Erwartung der Pfundabwertung gewisse Störungen ausgelöst, indem sie auf manchen Gebieten unsere Auftragserteilung nach dem Auslande verzögerte. Andererseits hat aber

auch das Ausland mit seinen Bestellungen nach den Devaluationen zugewartet, in der irrigen Annahme einer Abwertung des Schweizer Frankens.“

Ruhiger Ton, abwägendes Urteil und überhaupt eine völlige abwartende Haltung kennzeichnen diesen allgemeingültigen Kommentar zu den bereits zu verzeichnenden Abwertungsauswirkungen. Von einer etwa englandfeindlichen Stimmung als Folge der britischen Handelspolitik kann nicht die Rede sein. Selbstverständlich, der wirtschafts- und handelspolitische Kurs der Labour Party ist Gegenstand der Kritik und des Mißbehagens schweizerischer Bürger und findet natürlicherweise unterschiedene Ablehnung vom Großindustriellen und Bankier abwärts bis zum Kleinhändler und Handwerker.

Die Besorgnis, die die britische Finanz- und Handelspolitik in der Schweiz ausgelöst hat, ist nicht gering. „Wohin steuert England?“, fragte in ihrer letzten Ausgabe die Schweizerische Handels-Zeitung.

Was die Schweiz vielmehr bedrückt und in höchstem Maße mit Zukunftssorgen erfüllt, daß ist die auch handelspolitische Aufspaltung der Welt in zwei scharf gegensätzliche Lager und die „moralische und wirtschaftliche Isolierung, in die die Schweiz seit 1944 geraten ist“. Der Unterhändler der Schweiz auf entscheidenden internationalen Finanz- und Handelskonferenzen, Minister Walter Stucki, hat erst dieser Tage dieses Mißbehagen, ja Mißtrauen der Schweiz in die allgemeinen und die wirtschaftspolitischen Zeitläufte in solchen bisher nicht aus Schweizer Munde vernommenen Tönen bekundet. „Trotz Vereinbarungen und zahlreich abgeschlossenen Handels- und Zahlungsverträgen steht die Schweiz heute noch immer allein da: Die mittleren und kleinen Staaten Europas, die sich stets auf die Seite der Schweiz gestellt hatten, haben andere Wege eingeschlagen. Die europäischen Großstaaten sind keine Weltmächte mehr. Es ist nicht mehr möglich, die schweizerische Neutralität einzuschalten in die europäische Gleichgewichtspolitik.“ (Zi.)

Verstimmung im Norden

Aus Stockholm

Während der letzten Monate haben eine Reihe von Tatbeständen in den Nordländern eine wachsende Unzufriedenheit mit der Handelspolitik Großbritanniens aufkommen lassen. Norwegen nimmt jedoch dabei in gewissem Umfange eine

Sonderstellung ein, dort scheint die britische Handelspolitik nicht als so nachteilig empfunden zu werden wie etwa in Dänemark oder vor allem aber in Schweden. Allerdings fehlt es auch keineswegs an kritischen Stimmen in Norwegen.

Primär und grundsätzlich beruht die nordeuropäische Kritik darauf, daß es als völlig unmöglich empfunden wird, die Nordländer wieder ganz in das weltwirtschaftliche, aber auch das europäische Geschehen einzuschalten, solange die Konvertierbarkeit der Währungen unterbrochen ist. Das Grundübel aller Nordländer bildet der geradezu chronisch gewordene Mangel an „harten“ Währungsmitteln. Die hieraus resultierenden Schwierigkeiten werden noch am wenigsten in Schweden empfunden, dafür um so mehr in Dänemark, Norwegen und auch in Finnland.

Der wichtigste Einwand richtet sich also nicht so sehr gegen Großbritannien handelspolitische Linie, sondern vielmehr dagegen, daß die ausgesprochen angespannte Finanzlage Großbritanniens bis auf weiteres eine Wiederherstellung der Währungskonvertibilität sehr unwahrscheinlich macht. Die Nordländer verspüren andererseits aber immer weniger Lust, Leidtragende der britischen Finanzschwierigkeiten zu sein. Wird doch jetzt schon wieder ganz offen davon gesprochen, daß Großbritannien einer neuen Finanzkrise entgegenggeht, die eventuell zu einer weiteren Pfund-Abwertung führen wird.

Daneben verstimmen aber auch rein handelspolitische Maßnahmen. So ganz besonders die britische Kohlenpreispolitik. Als vor einigen Wochen Polen, das gegenwärtig auf dem internationalen Kohlenmarkt eine sehr starke Position einzunehmen meint, die Preise für Kohlelieferungen nach Nordeuropa kräftig heraufsetzte, dauerte es gar nicht lange, bis Großbritannien folgte. Dies hat in nordeuropäischen Kreisen eine sehr starke Verstimmung ausgelöst, die sich bis zu offiziellen Protesten steigerte. Einmal, weil die hohe Abhängigkeit des Nordens von Kohlezufuhren hinreichend bekannt ist, weil ferner eine Preiserhöhung gerade in diesem Augenblick durch die internationale Kohlenmarktlage als völlig ungerechtfertigt angesehen wurde, und weil sie schließlich als ungeeignetster Beitrag zur Belebung des europäischen Außenhandels gewertet worden ist.

Einen anderen, nicht weniger wichtigen Anlaß zur Beschwerde

gibt die britische Exportlizenzpolitik ab, welche in einem Artikel wie Baumwollgarn gerade in den letzten Monaten besonders fühlbar geworden ist. Zunächst war die Lizenzierung von Exportaufträgen in Großbritannien längere Zeit ganz unterbrochen. Als sie schließlich wieder aufgenommen wurde, verursachte die übertriebene Sorgfalt der Bearbeitung Verzögerungen, die es beinahe zur Regel werden ließen, daß ein Geschäft bis zu seiner Realisierung einige Monate braucht.

Vielleicht wird die Auffassung der nordeuropäischen Wirtschaft

am besten durch die Vorschläge charakterisiert, die Dänemark der Marshallorganisation vorzulegen beabsichtigt: 1. möglichst freie Konvertierbarkeit der Währungen innerhalb der Marshallgruppe, 2. Erweiterung der intereuropäischen Clearingbank in Basel und Schaffung eines eigenen, westeuropäischen Valutafonds ohne die Mitwirkung der USA., 3. Gewährung großer und langfristiger Kredite zwischen den Marshall-Staaten, 4. Übergang von bilateralen Verträgen zu wirklich freiem Handel und 5. Wiederherstellung eines freieren Arbeitsmarktes. (ad.)

Revaluation der Schwedenkrone?

Bericht aus Schweden

Schweden fühlt sich schon seit längerem als Mitglied der Gruppe der sog. Weichwährungslander nicht mehr recht wohl. Maßgebende Persönlichkeiten der Wirtschaft haben oft genug darauf hingewiesen, daß nicht der geringste Anlaß zu solcher Mitgliedschaft bestehe, ja, der Chef der bedeutenden Kooperativen Direktor A. Johanson bezeichnete es kürzlich sogar geradezu als „Schande“, daß seit der Aufwertung des Wechselkurses am 13. Juli 1946 die schwedische Devisen in die „Weichwährungsgruppe“ abgerutscht und damit „degradiert“ worden sei.

Vor kurzem sind vom schwedischen Handelsminister Ericson und von dem Leiter des Stockholmer Konjunkturforschungsinstituts, Professor Erik Lundberg Andeutungen gemacht worden, die mit der Auffassung der Wirtschaft sehr wohl übereinstimmen. Der Minister kündigte an, daß im Falle spekulativer Importe — bedingt durch die 50%ige Freistellung der Einfuhr aus Marshall-Ländern — die Regierung ein geldpolitisches Mittel in der Hand habe, solchem Risiko zu begegnen, und fügte wörtlich hinzu: „Ich möchte daran erinnern, daß die Krone vor kurzem kräftig devalviert worden ist“. Diese Äußerung ist allenthalben dahingehend kommentiert worden, daß die schwedische Regierung für den Fall, daß die Schwierigkeiten aus der Devaluation zu groß werden, in einer Revaluation der Krone

einen gangbaren Ausweg sieht. Ähnliche Auffassungen vertrat Professor Lundberg.

Selbstverständlich stehen unmittelbare Maßnahmen der Regierung damit noch nicht bevor. Tatsache aber ist, daß diese Aufwertungspläne, wenn sie so bezeichnet werden dürfen, sich entscheidend nur gegen das britische Pfund richten. Äußerungen aus sehr maßgeblichen Wirtschaftskreisen bestätigen, daß die Zugehörigkeit zur Weichwährungsgruppe, als deren bedeutendster Repräsentant Großbritannien gilt, sich zu überleben beginnt.

Den Ausgangspunkt für diese Argumentationen bildet die nahezu allgemeine Befürchtung einer fortgesetzten inflationistischen Entwicklung in Großbritannien. Solange Schweden an seiner jetzigen Pfund-Notierung festhalte, sei der schwedische Markt allen Preissteigerungstendenzen aus Großbritannien schutzlos preisgegeben. Damit aber werde die gesamte schwedische Stabilisierungspolitik in Frage gestellt. Das einzige Mittel, diesem „Verderben“ zu entgehen, sei die Loslösung vom Pfund unter gleichzeitig stärkerem Anschluß an den Hartwährungsblock. Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Erklärungen des schwedischen Handelsministers das Signal zu einer Neuorientierung der schwedischen Währungspolitik abgeben sollten, zumal sich auch das handelspolitische Verhältnis zu Großbritannien in keiner Weise in der früher erwarteten Richtung entwickelt! (dt.)